

14. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

22. Jänner 1958

211/J

A n f r a g e

der Abg. Dr. P f e i f e r und Genossen
an die Bundesregierung,
betreffend die Aufhebung des Erstattungsverbotens für Neuösterreicher.

-.-.-

Die Bundesregierung hat in Beantwortung unserer Anfrage 140/J am 16. Oktober 1957 unter 157/AB. mitgeteilt, daß sie dem Nationalrat ehe- baldigst den Entwurf einer Novelle vorlegen will, die ausdrücklich normiert, daß die Einschränkung des § 6 Abs. 2 der Vermögensverfallsamnestie nicht gilt, wenn die Person, deren Vermögen für verfallen erklärt wurde, in der Zeit zwischen dem 8. Mai 1945 und dem 27. Juli 1955 die österreichische Staatsbürgerschaft erworben hat.

Eine solche Vorlage wurde aber seither im Nationalrat nicht einge- bracht.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an die Bundesregierung die

A n f r a g e:

Ist die Bundesregierung bereit, den in der Antwort des Herrn Bundes- kanzlers vom 16. Oktober 1957 angekündigten Entwurf einer Novelle zur Ver- mögensverfallsamnestie, die dem § 6 Abs. 2 der Vermögensverfallsamnestie nur einen einzigen Satz anzufügen braucht, nunmehr dem Nationalrat zur Genehmigung vorzulegen, damit der oberwähnten Personengruppe nun endlich auch das verfallene Vermögen erstattet werden kann?

-.-.-.-.-

34. Bogen

Parlamentskorrespondenz

22. Jänner 1958

Berichtigung

Wir bitten in der Anfrage 206/J auf dem 9. Beiblatt
unserer heutigen Ausgabe den zweiten Namen der Anfragesteller richtig
als Dr. Z e c h m a n n zu lesen.

-.-.-.-.-